

Die vergessene Inklusion

Im Rahmen der Diskussionsreihe **Bildungsreform 2016** findet am 2. Mai 2016 die 2. Veranstaltung statt. Podiumsteilnehmer sind Univ. Prof. Dr. Gottfried Biewer, Universität Wien, Univ. Prof. Dr. Bernd Ahrbeck, Humboldt Universität Berlin, Univ. Prof. Dr. Germain Weber, Präsident der Lebenshilfe Österreich, Paul Kimberger GÖD Pflichtschullehrer. Moderation: Bernadette Bayrhammer (Presse).

Biewer gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Sonderschulwesens. Wie im übrigen deutschsprachigen Raum gab es auch in Österreich ein gut ausgebautes Sonderschulwesen. 1993 wurde für die Volksschule und 1996 für die Sekundarstufe 1 das Elternwahlrecht eingeführt, die Kinder auch in Integrationsklassen schicken zu können. Die Zahl der Kinder in den I-Klassen stieg an, 2004 war die Aufteilung 50:50 zwischen Sonderschule und Regelschule. Derzeit haben 3,6 bis 3,9% der Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf, unter 2% besuchen eine Sonderschule. In Deutschland sind es etwa 4 – 6%.

Biewer beklagt dann, dass die Inklusion in den im November 2015 vorgestellten Plänen zur Bildungsreform kaum vorkomme obwohl Artikel 24 der Behindertenrechtskonvention ein inklusives Bildungssystem vorsieht. Im Volksschulbereich ist Österreich gut unterwegs, in der Sek. 1 gibt es die Integrationsklassen fast nur in der HS/NMS. Wien hat mit 14 noch die meistens I-Klassen in der AHS. Es gibt keine Ausbildungsstätte für Gebärdensprache. Während 2012 im Nationalen Aktionsplan noch die Entwicklung inklusiver Modellregionen und deren flächendeckender Ausbau bis 2020 vorgesehen war, ist 2015 nur mehr von 15% Modellregionen und einer Evaluierung 2024 die Rede. Inklusion werde nur mehr als optional und nicht als allgemeines Prinzip gesehen. Als besonders fahrlässig bezeichnet **Biewer** den Umgang der Politik mit der Neugestaltung der Lehrerbildung. Seit diesem Studienjahr ist eine Ausbildung in Sonderpädagogik nicht mehr möglich, sie wird durch die inklusive Pädagogik ersetzt werden. Finanzierungspläne dafür gibt es noch nicht.

Weber spricht sich dafür aus, mit dem Bau von Sonderschulen aufzuhören und die bestehenden Sonderschulen in inklusive Schulen umzuwandeln. Kinder müssten ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden, aber die Politik wolle das nicht wirklich tun.

Kimberger verweist auf die Kostenneutralität bei der Bildungsreform, aber ohne zusätzliche Ressourcen sei Inklusion nicht möglich. In Österreich werde eine emotionale Diskussion zwischen totaler Inklusion und völliger Exklusion geführt. Man müsse jedes einzelne Kind betrachten. Manche Eltern wollen keine Inklusion.

Ahrbeck spricht sich zwar auch für mehr gemeinsame Beschulung aus, aber ganz ohne Sonderschulen werde es nicht gehen. Er hat den Eindruck, dass die Kinder manchmal in der Diskussion vergessen werden. Inklusion brauche mehr Mittel als derzeit aufgewendet werden. Sie dürfe aber kein Konzept werden, dass Behinderungen bewusst nicht mehr gesehen werden sollen.

Auf den Hinweis der Elternproteste bei der Schließung der Sonderschule der Caritas, erwidert **Weber**, dass so etwas einer gründlichen Vorbereitung bedürfe. Es könne nicht darum gehen Kinder fit für die Lebenshilfe zu machen, sondern für das Leben und auch für den Arbeitsmarkt. Ergebnisse werde man erst in 40 Jahren sehen.

Ahrbeck erwähnt die höhere Förderquote von 6,6% der Kinder in Deutschland. Auch in Skandinavien seien die Förderquoten höher. In den deutschen Schulen für Lernbehinderte erreiche ein Viertel den Hauptschulabschluss. Für Kinder mit schweren psychischen Problemen gebe es gar kein Modell.

Kimberger verweist auf Erfolgsbiographien aus Sonderschulen. Um eine Stigmatisierung zu vermeiden, sollte Sonderpädagogik auch für Hochbegabte gelten. Die Ressourcen der 90er Jahre wurden kontinuierlich gekürzt, sie müssten wieder angehoben werden. Die Veränderungen bei der Leh-

rer Ausbildung seien sehr problematisch, Sonderpädagogik müsse bleiben.

Biewer erläutert die Ausbildungspläne der Universität Wien im Verbund mit drei Pädagogischen Hochschulen (Wien, Wien/Krems, Baden). Im Curriculum neu ist ein Viertel für Inklusion und Vielfalt vorgesehen. Eines der beiden Schwerpunktfächer für die Sekundarstufe soll durch das Fach inklusive Pädagogik ersetzt werden können. Es gebe keinen Zwang Sonderschulen abzuschaffen, aber es müsse eine Qualitätsoffensive für Sonderpädagogik geben.

Ahrbeck bestätigt, dass in der Menschenrechtskonvention keine Abschaffung der Sonderschulen verlangt werde. Eltern sollten für ihre Kinder die Schulform vorfinden die sie wollen. Vieles sei auch noch offen, z.B. welcher Weg bei der Beschulung der gehörlosen Kinder der beste sei, Gebärdensprache oder Lautsprache.

Für **Weber** ist die inklusive Schule die erste Option. Österreichs Bundesländer gingen unterschiedliche Wege. (82% der Kinder mit SPF besuchen in der Steiermark inklusive Schulen, in NÖ nur 32%). Manchmal würde Eltern geraten, ihr Kind in eine Sonderschule zu geben. Diese Beratung kann **Kimberger** nicht bestätigen. Aber Schulen stoßen oft an ihre Grenzen wenn sie das Beste wollen. Bei der schulpraktischen Ausbildung gebe es Defizite. In Österreich fehle es dramatisch an Unterstützungspersonal, hier lägen wir weit hinter der Türkei. Um auf den OECD Durchschnitt zu kommen, bräuchten wir 14 000 zusätzliche Personen.

Die Wortmeldungen aus dem **Publikum** beziehen sich auf das Funktionieren der bilingualen Beschulung von Gehörlosen, der Definition des SPF und inwiefern falsch verstandene political correctness Förderungen verhindere, wie es mit der Lehrerbildung an Uni und PH konkret aussehe, dass die Inklusion in der Steiermark in heftiger Diskussion sei und dass das Studium nicht das biete, was gebraucht werde.

Ahrbeck warnt davor den Umstand des Erkennens einer Behinderung mit einer Entwertung des Menschen gleichzusetzen. Bremen als das inklusionsfreudigste Bundesland Deutschlands, habe die schlechtesten Ergebnisse bei allen Tests und die höchste Selektionsquote. Auch Skandinavien führe spezielle Klassen für betroffene Kinder und Jugendliche. Man müsse sich immer fragen: Was bringt eine Maßnahme dem einzelnen Menschen.

Weber möchte ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, Diskriminierung vermeiden und eine neue Qualität in der Lehrerbildung. Es gebe einen Zusammenhang zwischen Armut und Behinderung.

Kimberger kritisiert, dass sich der österreichische Gesetzgeber nicht auf die Lehrerinnen und Lehrer verlasse. Der SPF ist mit 2,7% gedeckelt, tatsächlich betrage er 4,6 – 4,8%. Österreichs Ausgaben für Bildung seien viel zu niedrig.

Biewer erklärt, dass der Studiengang inklusive Bildung für Universität und PH gelten werde. Allerdings müsse noch über die erforderlichen Ressourcen verhandelt und einige Probleme gelöst werden. Das entscheide sich in den nächsten 14 Tagen. Das Schulpraktikum bleibt erhalten.

Dr. Christine Krawarik